

„Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“

VBE Bundesversammlung trat am 17. November in Dortmund zusammen

Die Ordentliche Bundesversammlung 2011 (Foto) hatte das Motto, unter dem der VBE im Juli seine Kampagne gegen soziales Ranking im Lehrerberuf gestartet und das Rechtsgutachten „Gleiche Lehrerbesoldung als Verfassungsauftrag“ vorgestellt hatte. „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ beschlossen die Delegierten aus den 16 Landesverbänden einstimmig und forderten „alle politisch Verantwortlichen auf, sich für eine einheitliche Bezahlung aller Lehrerinnen und Lehrer einzusetzen“.



Weiter heißt es in dem beschlossenen Leitantrag:

„Die Eingruppierung muss der Eingruppierung vergleichbarer akademischer Berufe im Staatsdienst entsprechen.“ Unter Verweis auf das Rechtsgutachten von Professor Christoph Gusy bekräftigte die Bundesversammlung, die unterschiedliche Bezahlung sei nicht nur ungerechtfertigt, sie sei verfassungswidrig. Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen seien Experten für Unterricht und Erziehung. Die Veränderungen in der Lehrerbildung würden zusätzliche Begründungen für eine gleiche Bezahlung liefern.

Der VBE sieht im Ausbau von gebundenen Ganztagschulen ein vorrangiges Ziel. Die Bundesversammlung bekräftigte, Bund und Länder müssten sich endlich auf eine Ganztagsoffensive II verständigen. Weil die Qualität des Ganztags nicht von der finanziellen Situation des einzelnen Schulträgers abhängen dürfe, müssten Bund und Länder für die entsprechenden Voraussetzungen sorgen. Die Bundesversammlung unterstützte zudem die Initiative zur Einrichtung eines nationalen Bildungsrates und wiederholte damit die Forderung des VBE aus dem Jahr 2005. „Ein nationaler Bildungsrat sollte als unabhängiges Gremium wissenschaftliche und schulpraktische Expertise verbinden und der Politik Impulse im Hinblick auf eine nationale Bildungsstrategie geben“, unterstreicht der Beschluss. Jedoch dürfe der Bildungsrat weder zu einem Fürsprecher einer weiteren schleichenden Privatisierung werden noch zu einer Entwertung der Kulturhoheit der Länder führen.

Deutscher Lehrertag 2011 forderte nötige Ressourcen für Inklusion ein

Vor 1200 Pädagoginnen und Pädagogen aus dem ganzen Bundesgebiet, die am Deutschen Lehrertag 2011 am 18. November in Dortmund teilnahmen, und in Anwesenheit von KMK-Präsident Dr. Bernd Althusmann, NRW-Bildungsministerin Sylvia Löhrmann sowie Abgeordneten aus Bundestag und NRW-Landtag erklärte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann (Foto): „Die Länder müssen ohne Wenn und Aber die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen und ein inklusives Bildungssystem schaffen. Die Länder müssen die Inklusion nicht nur in Schulgesetzen



verankern, sondern auch die nötigen Ressourcen bereitstellen.“ Er sei überzeugt, so Beckmann, dass der Lehrertag unserer Forderung nach aufgabengerechten Gelingensbedingungen bei der anwesenden Politik Nachdruck verschaffe. Auch sei die jüngste infratest Meinungsumfrage im Auftrag des VBE unmissverständlich. Über 70 Prozent der Bundesbürger befürworteten gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen in der Regelschule; 70 Prozent sähen keine Bereitschaft der Politik, gemeinsames Lernen finanziell abzusichern. Beckmann erneuerte die Forderung des VBE: „Das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot von Bund und Ländern verhindert, dass Bund, Länder und Kommunen die Inklusion als gemeinsame Aufgabe gemeinsam stemmen, und muss deshalb fallen.“

Der Deutsche Lehrertag ist der größte bundesweite Fort- und Weiterbildungstag für Schulen und wird gemeinsam von VBE, VdS Bildungsmedien und Stiftung Partner für Schule NRW veranstaltet. In diesem Jahr hieß das Motto: „individualisieren, integrieren, inkludieren“. Hauptreferent Dr. Heinz Klippert gab Anregungen zum Umgang mit Heterogenität in der Klasse: Kern einer tragfähigen Förderkultur sei Hilfe zur Selbsthilfe. Lehrerzentrierte Einzelkindbetreuung hingegen sei weder möglich noch pädagogisch besonders sinnvoll, denn Kinder müssten Selbstständigkeit lernen und unabhängig vom Lehrer werden.



(v.l.n.r.):
BLLV-Ehrenpräsident Dr. h.c. Albin Dannhäuser,
Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle,
Bayerns Europaministerin Emilia Müller,
Regensburgs OB Hans Schaidinger,
BLLV-Präsident Klaus Wenzel,
BLLV-Ehrenpräsident Dr. h.c. Wilhelm Ebert

BLLV feierte 150-jähriges Bestehen

Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) wurde vor 150 Jahren im Alten Rathaus in Regensburg gegründet. 200 Lehrer aus ganz Bayern folgten 1861 dem Ruf des Landshuter Volksschullehrers Karl Heiß und schlossen sich zum „Bayerischen Lehrerverein“ zusammen.

„Die Grundidee für einen solchen Berufsbund, die Karl Heiß und seine Mitstreiter von Anfang an verfochten“, bekräftigte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann in seinem Glückwunschsreiben, „prägt bis heute den BLLV und seinen Bundesverband, den VBE: ‚Die Pädagogen sollten sich weder konfessionell noch nach Ständen voneinander absperren.‘ Alle Lehrer sind Lehrer. Dafür streiten wir gemeinsam und sind erfolgreich auf diesem Weg vorangekommen.“

BLLV-Präsident Klaus Wenzel, der zugleich stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender für Schul- und Bildungspolitik ist, appellierte auf der Jubiläumsfeier am 25. November in Regensburg (Foto) an alle politischen Akteure, Bildung im Interesse aller Kinder und ihrer Zukunft pragmatisch zu diskutieren. „Wir müssen das gängige Lern- und Leistungsverständnis kritisch hinterfragen, wir müssen Antworten auf die Frage finden, wie wohnortnahe Schulen zu erhalten sind, wie Lernbedingungen auszusehen haben, wie optimale Förderung zu gewährleisten ist oder wie Kinder zum Lernen zu motivieren sind. Vor allem aber müssen wir erreichen, dass in Bildung mehr und effizienter investiert wird. Bildung ist ein Menschenrecht.“ Der BLLV ist mit über 56 000 Mitgliedern der größte unabhängige Berufsverband von Pädagogen in Bayern.

40 Jahre VBE Nordrhein-Westfalen

„Der VBE und seine Erfolgsgeschichte sind eng verknüpft mit ehrenamtlichem Engagement. Wir leisten einen positiven Beitrag, indem wir uns für mehr Chancengleichheit, mehr Bildungsgerechtigkeit und die Gleichwertigkeit der Lehrämter einsetzen“, erklärte Udo Beckmann, Vorsitzender des VBE NRW und seit 2009 VBE-Bundesvorsitzender, auf der Jubiläumsfeier des VBE NRW am 25. November 2011 in Köln. Eine schon in den Anfängen des VBE erhobene Forderung, so Beckmann, das Ziel der wissenschaftlichen Anerkennung sei erreicht und das Lehrerausbildungsgesetz von NRW sei in dieser Hinsicht in Deutschland beispielhaft. Vor dem Hintergrund des VBE-Mottos „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ stellte Udo Beckmann klar, bei aller Genugtuung über das Erreichte gelte es, für eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen zu sorgen, um mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr Chancengleichheit sowie Besoldungsgerechtigkeit zu garantieren. Hierzu gehöre auch die Verwirklichung der Grundsatzforderung des VBE „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Zur Unterstützung dieser Forderung überreichte der NRW-Landesvorsitzende Bildungsministerin Sylvia Löhrmann rund 13 000 Unterschriften von Pädagoginnen und Pädagogen aller Schulformen in NRW (Foto). Rolf Busch, 1. stellvertretender Bundesvorsitzender des VBE, wies darauf hin, er wünsche sich, dass in der Lehrerbildung die anderen Länder dem Beispiel von NRW folgten und für alle Lehrämter eine gleich lange universitäre Lehrerausbildung, die mit einem Master (300 Creditpoints) abschließen, in den Lehrerausbildungsgesetzen festschreiben würden.



Jahrestagung der Bundesseniorenvertretung im VBE

Auf ihrer Jahrestagung vom 2. bis 4. November in Berlin (Foto) tauschte sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren im VBE über die Organisation der Seniorenvertretung in den VBE-Gremien der Länder aus, diskutierte und bestätigte den geplanten Internetauftritt auf der Homepage des VBE-Bundesverbandes und beriet über eine Statusaufwertung der Seniorengruppe im VBE.

Indem die Organisation der Seniorenvertretungen in den VBE-Gremien Fortschritte macht, nehmen auch das persönliche Selbstverständnis und ihre Wahrnehmung im VBE zu, so das Fazit. Ein grundsätzliches Thema bleibt jedoch die Ost-West-Rentenproblematik, die erneut sehr engagiert diskutiert wurde. Bundesseniorensprecher Max Schindlbeck berichtete über seine Mitarbeit im Bundesvorstand. Als Serviceleistung für alle Bundesländer legte er u.a. den „Ratgeber Pflege“, die Broschüre „Patientenverfügung“ und die Dokumentenmappe vor. Als weiteres Angebot stellte Schindlbeck eine Flussreise vor, die Anfang September 2012 von Potsdam nach Prag führt. Interessenten können Reiseunterlagen beim VBE-Bundesverband oder unter: m.schindlbeck@vbe.de anfordern.

Stellvertreter Gerhard Kurze berichtete über seine Mitarbeit in der dbb Grundsatzkommission für Senioren.

Rolf Busch 1. stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender, und Helge Dietrich, Vorsitzender des VBE Berlin und stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender für Beamtenpolitik, würdigten den aktiven Beitrag der Senioren im VBE.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE